

Idsteiner Zeitung



und Anzeigebblatt.

Verkündigungsorgan des Amtsgerichts und der Stadt Idstein.

Erscheint wöchentlich dreimal
Dienstag, Donnerstag u. Samstag.

Inserate:

Die 77 mm breite Zeile 30 Pfg.
Reklamezeile 50 Pfg.

Anzeigen haben in der in Stadt und Land gut verbreiteten
„Idsteiner Zeitung“ — Auflage 2100 — besten Erfolg.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Georg Grandpierre, Idstein.

Fernsprecher Nr. 11.

Bezugspreis
monatlich 8) Pfg. mit Bringerlohn.

Durch die Post bezogen:
— vierteljährlich 2 Mark 4) Pfg. —
— Siehe Postzeitungsliste. —

N^o 119

Samstag, den 11. Oktober

1919.

Bekanntmachung.

Die Einfuhr und der Verkauf der Frankfurter „Volksstimme“ ist vom 20. September bis 20. November verboten. Zuwiderhandlungen sind laut Verfügung im Narbotten 201 vom 2. 9. 1919 strafbar.

L' Administrateur
Militaire du Cercle d'Untertaunus.

Deutsche Nationalversammlung.

13. Berlin, 8. Oktober.

Am Ministertisch: Reichkanzler Bauer, Erzberger, Müller, Schilde, Dr. Bell, Schäffer, Roske u. a.
Das Haus ist mäßig besetzt, die Tribünen ziemlich gefüllt. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 12.30 Uhr.

Auf eine Anfrage des Abg. Laverenz (D. Ntl.) wegen der Verteilung einer Broschüre mit einer Schilderung der Revolution in sozialdemokratischem Sinne an heimkehrende Kriegsgefangene wird vonseiten der Regierung erwidert, es sei der Regierung nicht bekannt, daß Kriegsgefangene an der Broschüre Anstoß genommen hätten.

Zur zweiten Beratung des Haushalts des Reichsministeriums, des Reichsfinanzministeriums und der Reichsfinanzverwaltung (Hr.) über die Ausgabeverhandlungen. Hierauf nimmt der Reichkanzler das Wort.

Reichkanzler Bauer

macht zunächst Mitteilung von der Erweiterung der Reichsregierung durch den Eintritt der Demokraten in das Kabinett und erklärt dann u. a.: So stellt sich Ihnen das Kabinett heute in seiner neuen Gestaltung vor, ein Kabinett, das die überaus große Mehrheit dieses Hauses und damit unseres Volkes repräsentiert. Ob dieses Stärkerverhältnis immer noch der parteipolitischen Schlichtung Deutschlands entspricht, sollen die Neuwahlen zum ersten Reichstag der Republik zeigen, die nicht vor dem Frühjahr angelegt werden können. Die Regierung wird in dem von mir gezeigten Rahmen mit dem frühesten Termin einverstanden sein. Eines darf ich freudig und dankbar feststellen: Es geht wieder ein Zug nach Arbeit, nach Konsolidierung durch das Volk, besonders durch die Arbeiter. Gewiß, es wird immer noch zu viel gestreift in Deutschland, viel zu viel; doch die wilde unbedenkliche Streifflucht ist verbannt. Eine Regierung, der vorzuziehen ich die Ehre habe, wird nie an das Streikrecht als wirtschaftliches Kampfmittel zu rühren wagen. Aber ein anderes zerstörendes Ergebnis des Krieges steht noch in voller Blüte: die Korruption. Eine moralische Erkrankung ohne gleichen gilt es hier in allen Schichten zu bekämpfen, mit aller Rücksichtslosigkeit ohne Ansehen der Person. Auch die parlamentarische Tätigkeit dieses Winters wird in großem Umfang in der Feststellung der Rechte des wirtschaftlich Schwachen, der Arbeiter bestehen. Recht und Rechte verlangt die Arbeiterschaft in dem Umfang, wie es ihrer Bedeutung für das Volksganze zukommt. Die Republik ist entschlossen, diesen Rechtsanspruch zu erfüllen. Der Ausdruck dieses Anspruchs ist vor allem der Gesetzentwurf über die Betriebsräte. Der Entwurf eines Gesetzes über die Wirtschaftsräte soll Ihnen sobald als möglich vorgelegt werden. Die Wahlen zu den Betriebsräten sollen möglichst schon im An-

fang des nächsten Jahres stattfinden können und die Wahlen zu den Wirtschaftsräten vielleicht schon einige Wochen später. Die Reichsregierung ist mit dem Zentralrat darüber einig, daß dies je eher desto besser geschieht. Wir müssen das Streikrecht mit dem Gesetz der Pflicht gegenüber der Allgemeinheit in Einklang bringen. Es muß eine Schlichtungsordnung, deren Entwurf im Reichsministerium bereits vorliegt, die Rechtsgarantie für ordnungsmäßige Ersetzung der Schlichtungsausschüsse und für ein geregeltes Verfahren festlegen. Das letzte Ziel dieser Entwicklung ist das obligatorische Schlichtungsgericht, das die Streiks auf das äußerste Maß und die schwersten Fälle beschränkt. Ein Gesetz über den Einstellungszwang der Kriegsbeschädigten soll gerade den schwerbeschädigten Arbeitern ein Auskommen zusichern. Ein dritter Weg, den Opfern des Krieges vor allem zu helfen, soll das Rechts- und Heimstättengesetz sein, das Ihnen voraussichtlich in Bälde zugehen wird. Auf dem Gebiet des allgemeinen Arbeiterschutzes ist ein Arbeitszeitgesetz in Vorbereitung, das den Arbeitstagen sicherstellen soll. Ein endgültiger Abbau der heutigen Zustände soll gesetzliche Arbeitslosenunterstützung bringen. Die Produktion in den Kohlenrevieren ist noch längst nicht auf der Höhe. Wenn uns nicht eine Steigerung der Arbeit, vor allem in den Eisenbahnwerkstätten gelingt, dann können wir Kohle und Industrie nicht in den fruchtbaren Zusammenhang bringen. Überall in der Welt außerhalb unserer Grenzen ist wieder eine Propaganda am Werk, die uns den Friedenswillen abspricht, die immer Imperialismus und Vertragsbruch in unseren Handlungen und Einrichtungen wittert. Vor dem Inkrafttreten des Friedensvertrages ist die Herabminderung des Heeres auf die vorgeschriebene Mindeststärke nicht möglich. So haben wir heute noch rund 200 000 Mann im Innern und fast ebensoviel an den östlichen Grenzen stehen. Wie alle unsere Einrichtungen, so befindet sich auch die Reichswehr in einem Zustand der Umbildung, der Anpassung an die junge Republik. Wer seine Pflicht tut und seine Stellung nicht feinerseits parteipolitisch mißbraucht, ist in der Reichswehr der Republik willkommen. Eine Volkswehr, das ist unser Ziel. Auf was stützt sich nun das Märchen vom angeblichen deutschen Militarismus? Das Ausland kann sich nicht so schnell hineinsetzen, daß die vorhandene pazifistische Gesinnung in Deutschland die Führung an sich gerissen hat. Aber das schlimmere ist, daß dem Ausland aus Deutschland selbst von rechts und von links das Bild der Republik gefälscht wird. Ich erkläre daher mit allem Nachdruck: Es ist unser Bestreben, den Friedensvertrag nach Kräften und in allen Teilen zu halten und zu erfüllen. In ganz besonderem Maße gilt das aber von den militärischen Bedingungen des Vertrages. Zwei Monate nach der Ratifikation soll das deutsche Heer nur noch 200 000 Mann betragen, nicht einen mehr. Heraus wollen wir aus dem Baltikum mit allen Mitteln. Der Aufruf an die Truppe im Baltikum hat, so denke ich, eine deutliche Sprache gesprochen. Drei Tage vor dem Eintreffen des Ultimatums hat die Reichsregierung bereits die entscheidenden Maßnahmen getroffen und sie der Entente mitgeteilt. Dennoch kam das Ultimatum mit der für uns fürchterlichen Drohung. Die Reichsregierung hat die schärfste Verwahrung dagegen eingelegt, daß auf neue solche unannehmliche Kriegsmassnahmen gegen die Zivilbevölkerung angewendet werden sollen. Von dieser Stelle aus nehme ich diesen Protest noch einmal auf, um den einfachen Laieklond festzustellen. Der vom ganzen Volk

so langersehnte Rücktransport unserer Kriegsgefangenen hat endlich begonnen. Außerordentlich schmerzhaft ist aber, daß er erst so geringe Fortschritte gemacht hat. Unsere deutschen Stammesgenossen, die künftig von uns getrennt sind und getrennt bleiben sollen, wissen, daß wir auf den Gebieten, die uns der Friedensvertrag übrig läßt, für sie sorgen werden. Ich muß zum Schluß auf den Anteil zurückkommen, den die Deutschnationalen an der Weltvergiftung haben, die uns bei jedem Schritt hemmt. Im Ausland war man jahrzehntelang daran gewöhnt, in den Äußerungen der Rechten die für die Reichspolitik maßgebenden Stimmen zu hören. Das macht ihre Auslassungen, so bedeutungsvoll sie für den Kurs der Republik sind, so überaus gefährlich. Ich frage die Herren von der Rechten: Können und wollen Sie die Verantwortung für diesen gefährlichen Wahnsinn übernehmen? Ist das überhaupt noch Politik oder nur noch Irrsinn? Eine angebliche Vaterlandsliebe, die sich so äußert, die dem Gegner solche Waffen in die Hand drückt, die darf man nicht herumlaufen lassen. Wir dulden nicht, daß einige Schmerzfinke das deutsche Volk in neue Fährlichkeiten bringen und seinen Leumund vor der ganzen Welt aufs neue untergraben. Wer sich zu diesen Artfelleckern und vor sie stellt, der ist für uns ein Feind des deutschen Volkes. Ich möchte sehen, wer sich ausschließt von der ungeheuren Mehrheit der Regierung, wenn die Reichsregierung, getreu ihrem außenpolitischen Programm, ihren Ruf ergehen läßt für den friedlichen Aufbau für die Völkerverständigung gegen die gewissenlose Brunnenvergiftung des Chauvinismus.

Bei seiner Erwähnung des Streiks fand der Reichsminister den Beifall der Linken, ebenso bei der Erwähnung des Mißbrauchs der Arbeitslosenfürsorge. Linke und Zentrum stimmten seiner Aufforderung zu, die Arbeit in den Eisenbahnwerkstätten zu steigern, ebenso seinem Protest über die neu angeordnete Blockade. Sein Vorstoß gegen die Deutschnationalen fand lebhafteste Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. Zum Schluß Beifall bei der Mehrheit, Bischen rechts, wiederholter Beifall bei der Mehrheit.

Abg. Petersen (Dem.) legt die Gründe der Demokratischen Partei für deren Wiedereintritt in die Regierung dar. Sie seien vor allem vaterländische Gründe, die über dem Parteistandpunkt stehen. Redner wendet sich in längeren Ausführungen gegen die Rechte, besonders gegen den Artikel des Grafen Westarp. (Unterbrechung und Gelächter recht.) Politische Streiks müssen verhindert werden. Wir verlangen Schutz gegen jeden Terrorismus.

Abg. Scheidemann (Soz.): In der sachlichen Beurteilung des uns ausgehenden Gewaltschreies besteht keine Differenz zwischen Bauer und mir ebenso nicht zwischen den Parteien dieses Hauses. Ich treue mich, daß die Demokratische Partei den Weg zur positiven Arbeit zurückgefunden hat, auch weil die Regierung vor allem stark sein muß gegen rechts. Das Volk muß leben, daß die neue Demokratie neue Wege öffnet zu neuen Bestrebungen. Der Feind steht rechts; ich wollte, ich könnte sagen, er steht nur rechts. Ich richte den dringenden Appell nach links, die Arbeiter möchten sich nicht selbst zerfleischen (Abkl. rechts), damit die Wahlen eine sozialistische Mehrheit bringen. Vorläufig hindern die unabhängigen Führer jede Einigung. (Lärmende Zurufe bei den Unabhängigen.) Die Soldaten in Kurland müssen gehorchen lernen. Die Volksgenossen, die Siegermacht von uns trennt, bleiben doch die Anführer. (Beifall.)

Die Ebersburger.

Eine Geschichte aus alter Zeit von Fritz Rißel.

Fortsetzung.

Die herzliche Anteilnahme, die aus den Worten des Sprechers klang, berührte den Bruder sichtlich wohlthuend, denn mit einem sanften Lächeln nahm er des Freundes Hand und unterbrach ihn:

„Ich weiß, daß mir dein Herz in alter Freundschaft entgegen schlägt und danke Gott, dem Herrn, daß er in dir mir eine Seele sendet, der ich mein Leid vertrauen darf. Das erleichtert! Mein Leid, sag' ich! Nach menschlichem Ermessen widersprach mir Leid, doch hat mich dieses Leid zum Frieden mit mir selbst geführt und darum darf ich glauben, daß ich ein Erwählter des lieben Herrgotts bin, denn die er liebt, die prüfet er. Du kannst vielleicht aus dem, was mir in meinem Leben widerfahren, zu deinem Frommen eine Lehre ziehen!“

Der Sprecher hatte sich von seinem Sitz erhoben und ging mit gesenktem Haupte eine Weile in der Zelle langsam auf und nieder, als überlege er, in welcher Form er seine Worte kleiden sollte. Dann fuhr er nach einem schweren Aufatmen fort:

„Du weißt, daß meines Vaters Lehenhof unweit der Ebersburg gelegen war, am Dorfe Poppenhausen. Als kaiserlicher Lehensträger und Edelmann war mein Vater den Herren der Ebersburg im Range gleich, und ward von jeder zwischen Burg und Hof friedvolle Nachbarschaft gehalten, zumal Herr Albrecht, der Vater der drei Ebersburger Ritter, ein alter Kriegsgenosse meines Vaters war. So kam es, daß die drei Ebers-

burger als Buben meine Spielgenossen waren, und daß mich mit dem jüngsten der drei, dem Heinz, die innigste Freundschaft verband. War er auch ein wilder Bube, so hatte ich ihn doch herzlich lieb, und leidenschaftlich war er auch mir zugehen, gerade vielleicht, weil seine innere Wesensart von der meinen grundverschieden war. Wenn ich von der hohen Schule in Kulda nach Hause kam, dann ward ich stets mit hellem Jubel von dem Heinz empfangen, und unzertrennlich waren wir in den Wochen, während denen ich im Vaterhaus verweilte. Dann schwärmten wir von künftigen Heldentaten, die wir als Männer einst vollführen wollten; die alten Sagen Griechenlands, von Homas Größe mußte ich ihm erzählen, und in heiliger Begeisterung hat er mir oftmals geschworen, daß das Band unserer Freundschaft so unzerreißbar sei, wie das, welches Orest und Pylades oder zwischen den Thebanerhelden Epaminondas und Pelopidas sich knüpfte. Schwüre sind ein morsches Band, das in dem Wetter der Zeiten leicht zerreißt — ich hab's erfahren!“

Der Sprechende strich sich mit einer traurigen Gebärde über die Stirne und fuhr nach einer Pause fort:

„War mir an das Herz gewachsen, der Heinz, gerade wie mein väterliches Haus, das mir als einzigem Sohne als Erbteil stand. Aber wie ein Paradies erschien mir erst die Heimat, als Waltrudis darin weilte. Sie war ein Waisenkind von meiner seligen Mutter Sippe, das nach dem Tode seiner Eltern aus Barmherzigkeit von den Meinen in das Haus genommen ward. Bevor ich sie gesehen, hatte niemals mein Herz stürmischer geschlagen, doch als sie vor mich trat in ihrer

Jugend Blüte, da wallte jäh ein seliges Empfinden in mir empor, als wäre ich zum wahren Leben erst erwacht. Soll ich dir singen und sagen, wie einem jugendlichen Gesellen zumute ist, den der Minne Zauber erfasst hat? Wenn mich nicht alles trügt, so hast du an dir selbst es schon erfahren. Genug — mein ganzes Denken war der engel-schönen Waltrudis geweiht, und als der Glückliche der Sterblichen fühlte ich mich, als ich an einem Sommerabend in der Rosenlaube ihr das Geständnis ihrer Gegenliebe von den Lippen küssen durfte. Meine guten Eltern segneten den Bund, so daß unserem Glück nichts im Wege stand. Da nachte das Verhängnis in Gestalt meines Busenfreundes, des Ritters Heinz von Ebersburg. Ein Zufall wollte, daß er einst Waltrudis im Walde sah, als er vom Jagen heimwärts ritt, und rasch entflammte von ihrer jugendlichen Anmut, stahl er sich in ihr Herz hinein, mit Schmeichelnworten die Unerfahrene zu betören, so daß sie meiner, der wieder auf der hohen Schule weilte, treulos vergaß.

Du kannst die Größe meines Seelenschmerzes ermessen, als mir die verhängnisvolle Kunde ward, als Waltrudis mir den Ring der Treue zurück-lanste. Aus allen Himmeln war ich jäh gerissen und hatte nur die eine wütende Begierde, mich an dem Räuber meines Glücks zu rächen. Ich eilte heim und mußte dort erfahren, daß Waltrudis heimlich aus dem Schutz der Eltern entwichen war und auf der Ebersburg verweilte. Ungeahnt ritt ich dorthin, doch als ich an das Tor gelangte, fand ich es verschlossen und von dem Torwart wurde mir bedeutet, daß ihm verboten sei, mich einzulassen. (Fortsetzung folgt.)

Abg. Posadowsky (D. Volk.): Die zur Regierung vereinigten Parteien sind wunderliche Bettgenossen. Bei dem fortwährenden Wechsel der leitenden Persönlichkeiten bleibt die tatsächliche Verantwortlichkeit für das, was geschieht, bei unorganisierten Organen. Von einem einheitlichen Steuerplan ist keine Rede. Das Recht der Betriebsräte, bei Einstellungen und Entlassungen mitzusprechen, bedeutet eine untragbare Beschränkung des Rechts des Unternehmers.

Abg. Doss (Ztr.): Die Regierungskoalition ist eine Arbeits-, keine Gesinnungsgemeinschaft. Aber uns einigt das Bestreben, unser Volk und Vaterland zu retten. Unsere Kriegsgefangenen müssen schleunigst heimgeschafft werden. Die Soldaten im Baltikum müssen gehorchen.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr; vorher Interpellation Arnstadt, betr. den Schutz der Jugend. — Schluß 6 1/2 Uhr.

In der Montags-Sitzung der preussischen Landesversammlung wurden die Gesetzentwürfe über die direkten Steuern und Hölle beraten. Der Abg. Molkenbaur (Dsch. Vp.) fordert die wirtschaftliche Orientierung nach dem Westen. So lange die Besetzung im Westen dauere, werde Deutschland stets einen außerordentlich schwierigen Stand in der Durchführung der Ein- und Ausfuhrverbote haben. Der Unabhängige Dr. Cohn sprach in der üblichen Weise gegen die indirekten Steuern. Der Finanzminister Dr. Südekum machte Mitteilungen über die Auseinandersetzungen des Staates mit dem Hause Hohenzollern. Der Abfindungsvertrag würde in Kürze vorgelegt werden. Bezüglich der Höhe der Abfindung könne von einer Summe von 170 Millionen, die gerüchtwaise genannt wurde, keine Rede sein.

Politisches.

Der Vorsitz in der Demokratischen Partei.

Mz. Berlin, 9. Okt. Die demokratische Fraktion der Nationalversammlung hat gestern Pape als ersten Vorsitzenden der Fraktion gewählt, der die Wahl annahm. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Petersen und zum dritten Hartmann vorgeschlagen.

Ein Anschlag auf Haase.

Berlin, 9. Okt. Wenige Minuten nach 1 Uhr gab gestern vor dem Reichstagsgebäude ein Zivilist sechs Schüsse auf den das Gebäude betretenden Abgeordneten Haase ab. Abgeordneter Haase ist am Unterleib, am Oberschenkel und am Unterarm getroffen worden. Der Täter wurde von der Polizei verhaftet und in das Reichstagsgebäude gebracht. — Durch die ärztliche Untersuchung der Verletzungen wurde am rechten Bein ein Durchschuß des Oberschenkels, ferner ein Stedtschuß im Oberschenkel festgestellt. Die Schramme am Ellenbogen ist augenscheinlich durch den Sturz verursacht. Der Zustand des Verwundeten läßt keine Wiederherstellung in etwa acht Tagen erwarten. — Der Attentäter erklärte, er sei der Wiener Lederarbeiter Johann B o s s, 51 Jahr alt.

Mz. Berlin, 9. Okt. Der Lederarbeiter B o s s macht den Eindruck eines geistig minderwertigen Menschen. Er gab bei seiner Vernehmung an, daß gegen ihn ein Prozeß wegen Erpressung schwebte und daß Haase, als gegnerischer Rechtsanwalt, so scharf gegen ihn aufgetreten sei, daß er sich vorgenommen habe, ihm einen Denkfessel zu verabsorgen. Zu diesem Zweck habe er schon seit einigen Tagen versucht, mit Haase zusammenzutreffen, doch sei es ihm erst heute gelungen, ihn vor dem Reichstagsgebäude zu stellen. Ein politischer Grund zu dem Attentat liegt also nicht vor.

Erleichterungen für das besetzte Gebiet.

Paris, 8. Okt. Nach einem Bericht des „Petit Journal“ soll die erste Folge der Ratifizierung des Friedensvertrages durch die französische Kammer die Einführung von Erleichterungen für die Bevölkerung der besetzten Gebiete sein. Die Kommandanten der Besatzungszone haben entsprechende Anweisungen schon in Händen. Es soll vor allem eine A m n e s t i o für alle bestraften Bewohner der besetzten Gebiete gewährt werden. Außerdem ist die Aufhebung der Kriegsgerichtsbarkeit in Aussicht genommen. Für den Monat Oktober bezw. im November ist eine weitere Verminderung der Besatzungstruppen um etwa ein Drittel des bisherigen Bestandes geplant. Zum Schluß mag die Nachricht der „Information“ aus Paris erwähnt sein, wonach die fünfzehnjährige Dauer der Besetzung deutscher Gebiete vom 1. November an beginnend gerechnet werden soll.

Veränderungen im Oberbefehl für das besetzte Gebiet.

Mainz, 9. Okt. Die hier erscheinende französische Zeitung „L'Echo du Rhin“ gibt unter Vorbehalt, da wegen vorgerückter Zeit eine Bestätigung nicht mehr zu erlangen war, folgenden Hinweis aus Ludwigshafen wieder:

Paris, 8. Okt. Der Oberbefehl über die besetzten Gebiete steht vor einer wichtigen Veränderung. Die zehnte und die achte Armee unter dem Befehl der Generale Mangin in Mainz und Gerard in Landau sollen am 12. Oktober aufgelöst werden. An ihre Stelle tritt ein einziges Besatzungsheer unter dem Befehl des Generals Degoutte, der wahrscheinlich außer dem Titel Oberkommandierender der französischen Truppen die Bezeichnung Oberkommandierender der alliierten Truppen erhalten wird. Der Sitz seines Hauptquartiers wird Mainz sein. Entsprechend den Bestimmungen des Friedensvertrages soll die Verwaltung der besetzten Gebiete nach der endgültigen Ratifizierung des Friedensvertrages an die deutschen Behörden zurückgegeben werden. Die alliierten Truppen haben keine andere Aufgabe, als durch ihre Anwesenheit als Garnison die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sichern. Die Länder werden unter die Aufsicht der Interalliierten Zivilkommission gestellt, die sich aus einem Vertreter Frankreichs, Englands, der Vereinigten Staaten und Belgiens zusammensetzt.

Deutschland und Frankreich.

Mz. Versailles, 8. Okt. Die Kammer beschloß sich in ihrer gestrigen Nachmittags-Sitzung mit dem Gesetzentwurf betr. die Festsetzung des Datums der Beendigung der Feindseligkeiten und damit auch des Aufhörens des Belagerungszustandes und der Zensur. Wie Marcel Hutin im „Echo de Paris“ schreibt, glaubt man in politischen Kreisen, daß schon in der kommenden Woche der Kriegszustand zwischen Frankreich und Deutschland aufhören und die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern wieder aufgenommen werden. Für eine gewisse noch zu bestimmende Zeit werde ein einfacher P a s s genügen, um von Frankreich nach Deutschland und von Deutschland nach Frankreich zu reisen.

Ausstellung in Saarbrücken.

Am Samstag, den 27. September 1919 wurde in Saarbrücken die Industrie- und Gewerbe-Ausstellung feierlich von Herrn General Andlauer eröffnet. Nach einem fünfjährigen langen Kriege wird dadurch wieder die Basis zur Anknüpfung neuer Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und dem Saargebiet festgelegt. Bei der Eröffnung waren Vertreter der französischen Militärverwaltung, der

dortigen Stadt- und Landesbehörden, sowie auch vieler großen und bedeutenden Firmen anwesend. Es wurden verschiedene Ansprachen, von Herrn General Andlauer, von Herrn Müller, der im Namen der Handelskammer Saarbrücken sprach, und von Herrn Hagem, dem Vize-Präsidenten der Pariser Handelskammer gehalten. Alle Redner sind überzeugt, daß die Saarbrücker Ausstellung zu einem glücklichen Ergebnis führen wird und daß durch das gemeinsame Zusammenarbeiten der Franzosen und Saarländer der Handel und die Industrie wieder in den beiden Nachbarstaaten zur Blüte gelangen wird. Durch die Vereinigung der Kräfte beider Länder wird somit die Einfuhr saarländischer Erzeugnisse nach Frankreich und französischer Waren in den neuen Saarstaat feigen.

Belagerungszustand im Saargebiet.

Mz. Saarbrücken, 8. Okt. Der Oberste Verwalter des Saargebiets, General Andlauer, erläßt durch Maueranschlag folgende Proklamation:

Seit 4 Uhr nachmittags bestehen Unruhen in den Straßen Saarbrückens. Es sind verschiedene Läden geplündert worden. Die Angestellten der Bahn streiken, einige Metallarbeiter haben sich den Streikenden angeschlossen. Nach eingegangenen Berichten soll morgen das ganze Saargebiet streiken. Um die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, verhängt der Herr General, Oberster Verwalter des Saargebiets, zunächst den Belagerungszustand für das Saargebiet. Infolgedessen darf niemand sich nach 9 Uhr abends auf der Straße aufhalten, sei es denn, daß er nachweislich einen Dienst zu verrichten habe. Kein Zusammenstehen, keine Versammlungen werden geduldet. Weitere Maßnahmen werden in Kürze getroffen. Saarbrücken, 7. Oktober 1919. Le General Administrateur Supérieur de la Sarre (signé) Andlauer.

Eisenbahnerstreik in Trier.

Mz. Trier, 9. Okt. Die Arbeiter der hiesigen Eisenbahnwerkstätten, etwa 1500 Mann, legten heute vormittag die Arbeit nieder und zogen in geschlossenem Zuge durch die Stadt. Der Zug verlief vollkommen ruhig und still. Die Forderungen der Arbeiter beziehen sich auf Lieferung billiger Lebensmittel, 2 B. Kartoffeln, Beschränkung der Stärke der Besatzung, Aufhebung der Gruppipflicht für die Eisenbahner usw. Auch die Bahameisterei Trier-West und die Eisenbahnwerkstätte Ehrang streiken.

Notalnachrichten.

Idstein, den 10. Oktober 1919.

Wochenhilfe.

(Reichsgesetz vom 26. Sept. 1919.)

Durch Gesetz vom 26. Sept. 1919 ist vom 1. Oktober d. Js. ab im Deutschen Reiche eine Wochenhilfe und Wochenfürsorge eingeführt.

Die Wöchnerin erhält:

1. einen einmaligen Beitrag zu den Kosten der Entbindung in Höhe von 50 M;
2. ein Wöchengeld in Höhe von 1.50 M täglich, einschl. der Sonn- u. Feiertage für 10 Wochen;
3. eine Beihilfe bis zum Betrage von 25 M für Hebammendienste und ärztliche Behandlung, falls solche bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich werden;
4. so lange sie ihren Neugeborenen stillt, ein Stillgeld in Höhe von 75 Pfg. täglich einschließlich der Sonn- und Feiertage bis zum Ablauf der 12. Woche nach der Niederkunft.

Die Leistungen werden gewährt an:

- a. Wöchnerinnen, die im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens 6 Monate hindurch bei einer Krankenkasse gegen Krankheit versichert gewesen sind;
- b. V e r s i c h e r u n g s f r e i e Ehefrauen, Töchter, Stief- und Pflegekinder der Versicherten, die mit diesem in häuslicher Gemeinschaft leben;
- c. Minderbemittelte Wöchnerinnen.

Als minderbemittelt gilt:

- I. eine verheiratete Wöchnerin, wenn ihres Ehemannes und ihr Gesamteinkommen in dem Jahre oder Steuerjahre vor der Entbindung den Betrag von 2500 M nicht überstiegen hat. Dieser Betrag erhöht sich für jedes vorhandene Kind unter 15 Jahren um 250 M (z. B. bei 3 vorhandenen Kindern gilt die Wöchnerin als minderbemittelt, wenn das steuerpflichtige Einkommen der Familie 2500 + 3 x 250 also zusammen 3250 M nicht übersteigt).
- II. eine unverheiratete Wöchnerin, wenn ihr Gesamteinkommen in dem Jahr oder Steuerjahr vor der Entbindung den Betrag von 2000 M nicht überstiegen hat.

Die Wochenhilfe und Wochenfürsorge wird durch die Krankenkasse des Bezirks geleistet. Die Kosten zu a trägt die Kasse allein, die Kosten zu b werden zur Hälfte von der Kasse, zur Hälfte vom Reich getragen. diejenigen zu c werden vom Reich erstattet. Alle Zahlungen zu 1. und 2. werden von den zuständigen Krankenkassen, die Zahlungen zu 3. durch die allgemeine Ortskrankenkasse des Bezirks geleistet.

Der Gesamtbetrag der Wochenhilfe stellt sich auf:

a. einmaliger Beitrag	50.— M
b. 70 Tage a 1.50 M	105.— M
c. 84 Tage a 0.75 M	63.— M
	218.— M

und falls ärztliche Hilfe oder Hebammendienste bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich wurden bis zu

25.— M
Summe 243.— M

Die Einführung dieser Gesetzesbestimmungen über die allgemeine Wochenhilfe bedeutet eine soziale Tat. In großzügiger Weise ist den Wöchnerinnen in der überwiegenden Mehrzahl die finanzielle Last, die eine Entbindung mit sich bringt, abgenommen und auf die Schultern der Allgemeinheit gelegt worden. Daneben sind die Wochenhilfsbeträge derart bemessen, daß sich die

Wöchnerin selbst mancherlei zusprechen kann, was seither in vielen Fällen infolge der herrschenden Teuerung nicht möglich war.

Aber — auf der anderen Seite ist den Krankenkassen eine gewaltige neue Last aufgebürdet. Der allgemeinen Ortskrankenkasse Idstein wird durch die Wochenhilfe eine neue Ausgabe nach Abzug der Zuschüsse des Reichs von etwa 15- bis 20 000 M jährlich entstehen. Wenn man bedenkt, daß die Gesamtzahlungen an Krankengeld der Kasse in 1918 nur 23 000 M betrugen, so kann man sich ein Bild von der Neubelastung vorstellen. Zur Tragung dieser neuen Lasten werden die zuständigen Kassenorgane zu einer ganz bedeutenden Erhöhung der Beiträge Stellung nehmen müssen, einer Erhöhung, die die seitherigen Sätze weit hinter sich lassen muß. Dieser Beitrags-Erhöhung trägt das neue Gesetz über Wochenhilfe übrigens schon Rechnung, denn nach § 16 dieses Gesetzes können die Beiträge für die Regelleistungen bis 7 1/2 % und für Mehrleistungen bis 10 % des Grundlohnes erhöht werden. Der seitherige Beitragsatz der hiesigen Ortskrankenkasse betrug 4 1/2 %.

Fr. Victor.

Die Sozialdemokratie vor und nach der Revolution, so lautet das Thema, über das Herr Redakteur Lindig-Wiesbaden am Samstagabend im „Goldenen Lamm“ in einer öffentlichen Versammlung, veranstaltet von der sozialdemokratischen Mehrheitspartei sprechen wird. Näheres siehe Anzeige.

Die Deutsche Volkspartei hält am Sonntag, den 12. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im „Goldenen Lamm“ eine Versammlung ab, auf die wir auch hiermit hinweisen. Siehe Anzeige.

Die Versammlung der Deutschen demokratischen Partei findet am Sonntag, den 12. Oktober nicht statt, da der Saal im „Löwen“ nicht frei ist. Infolgedessen wird die Versammlung am Montag, den 13. Oktober, abends 8 Uhr, abgehalten. Wir machen auch an dieser Stelle auf die Verlegung der Versammlung besonders aufmerksam.

Bestattungswechsel. Das den Erben des verstorbenen Th. Victor gehörige Haus in der Himmelsstraße ging zum Preise von 25 000 M an den Konsumverein für Wiesbaden und Umgegend, G. m. b. H., über.

Aus nah und fern.

e. Wallbach, 8. Okt. Jagdausscher Ludwig Weidt von hier erlegte in der hiesigen Gemarkung gestern abend einen Keiler im Gewicht von ca. 2 Zentnern.

Schneidbühl i. Z., 6. Okt. Die Obstlerie hat auch in diesem Jahre unserer Gemeindefürsorge eine beträchtliche Einnahme gebracht. Belanlich gehört der überwiegende Teil der hiesigen Obstbäume (Äpfel) nicht Privatbesitzern, sondern der Gemeinde, welche mit besonderer Sorgfalt die Baumstücke pflegt und beaufsichtigt. Sie findet in diesem Jahre denn auch wieder den Lohn für ihr weises Vorgehen, indem sie etwa 900 Zentner Äpfel (meist Brechobst) zu guten Preisen abgeben kann. Das ergibt bei einem Durchschnittspreis von 50 Mark rund 45 000 Mark, gewiß ein schöner Betrag für eine kleine Gemeinde wie die unsrige.

Kaufersweiler, 6. Okt. Einem Hauptstieber von hier wurden in Wiesbaden acht Zentner Fleisch beschlagnahmt. Der Mann betreibt schon während der ganzen Kriegszeit ein ausgebreitetes Schiebergeschäft mit Fleisch, Leder und dergl. Mehrfache frühere Bestrafungen blieben bei seinen Riesengewinnen wirkungslos. Hoffentlich wird ihm sein unlauberes Gewerbe jetzt einmal gelegt.

Mz. Koblenz, 8. Sept. In der letzten Zeit sind in der hiesigen Gegend verschiedentlich Raubmorde bezw. Raube verübt worden, die unter der Bevölkerung große Verunsicherung hervorriefen. Am letzten Sonntag ist es nunmehr, wie die „Kobl. Ztg.“ meldet, der hiesigen Kriminalpolizei gelungen, in dem benachbarten Capellen-Stolzenseels den 25jährigen Schreiner Josef H a b n aus Koblenz und seine Mithelferin, eine 25jährige Kontoristin aus Bochum, festzunehmen, denen jene Raubmorde bezw. Überfälle zur Last gelegt wurden. Beide Verhafteten haben inzwischen auch die Verbrechen eingestanden. Am 10. September hatte H a b n einen Koblenzer Kaufmann in das Saartal gelockt und ihn unter dem Vorgeben, ein großes Geschäft mit ihm abwickeln zu wollen, veranlaßt, eine größere Geldsumme mit sich zu nehmen; das Opfer erhielt einen Schuß ins Bein; zur Ausführung des geplanten Raubes kam es jedoch nicht. — Am 23. September wurde der Kaufmann Christmann aus Ehrenbreitstein von der Begleiterin des H a b n auf den Akerstein gelockt und dort von H a b n erschossen und seiner Barschaft im Betrage von 1000 Mark nebst Uhr und Kette beraubt. Am 2. Oktober begingen beide in Koblenz einen Raubmord an einem Soldaten der Besatzungstruppe, wobei das Mädchen wiederum die Veranlassung war. H a b n erschoss den Soldaten im Schlaf und raubte ihm seine Barschaft von 285 Mark und seine Armbanduhr. Ein weiterer Anschlag sollte am 6. Oktober ausgeführt werden, zu welchem Zwecke ein Opfer von Worms nach Boppard gelockt wurde; die inzwischen erfolgte Verhaftung der beiden verhinderte die Ausführung.

Mz. Trier, 8. Okt. In dem Benzinlager des Union-Hotels in Cöchem erfolgte gestern eine Explosion, durch die 12 Personen teils schwer, teils leicht verletzt wurden. Ein amerikanischer Chauffeur brachte trotz seiner schweren Verletzungen sämtliche anderen Verunglückten erst ins Krankenhaus, bevor er selbst den Arzt aufsuchte.

Mz. Berlin, 9. Okt. Das gestern früh in Staaten aufgestiegene Luftschiff „Bodenfee“ landete um 1 Uhr mittags glatt in Stockholm, wechselte die Passagiere, trat um 2 Uhr die Rückfahrt an und ist gestern abend um 11.30 Uhr in Staden glatt gelandet. Es hatte 22 Fahrgäste an Bord.

Berlin, 9. Okt. Aus Eberswalde wird gemeldet, daß durch Kurzschluß im Transformator der Startstrom sich auf zwei Ställe übertrag. Dem Landwirt Kessel wurden dadurch sieben starke Milchkühe und ein Bullen im Gesamtwerte von 24 000 Mark und einem anderen Besitzer ein Schwein getötet.

Dresden, 8. Okt. Nach dem Genuß von Vierbefleisch in rohem Zustande oder in Würstchenform sind in Postkappel bei Dresden 50 Personen an Fleischvergiftung erkrankt, von denen drei bisher gestorben sind.

Letzte Meldungen.

Clemenceau will zurücktreten.

Versailles, 9. Okt. Einer Deputation von ehemaligen Frontsoldaten erklärte Clemenceau, er wolle nach 50 Jahren Arbeit sich vom öffentlichen Leben zurückziehen. Er werde weder eine Kandidatur für den Senat noch für die Kammer annehmen.

Gustav Nebelung, Frankfurt a. M.
Wittelsbacherallee 4 Telefon Hanja 533.

Fleischverkauf.

Ausgabe der Krankeulagen Samstag in allen Verkaufsstellen.

Da Vieh diese Woche nicht zugewiesen worden ist, findet ein Verkauf von frischem Fleisch nicht statt. Auch die Ausgabe von Salzfleisch oder Speck kann nicht erfolgen, da die neuen Preise auf Grund der Verbilligung durch das Reich noch nicht feststehen und die Ausgabe nur zu dem hohen Preis von 16.25 je Kg. geschehen dürfte. Sobald die Höhe des Reichszuschusses feststeht, wird die nachträgliche Ausgabe von Speck und Fett für diese Woche erfolgen.

Butter.

Krankeulage Samstag von 1 bis 2 Uhr. Auf die restlichen Fettarten 148 40 Gr. von 2 Uhr ab im Geschäft von Baum. Preis für 1 Pfd. 5.60 M. Da in dieser Woche etwas mehr Butter geliefert wurde, werden die Karten 148 größtenteils mit Butter beliefert werden können.

Weißkraut.

Der erste Waggon wird voraussichtlich Samstag eintreffen. Der Waggon reicht für Buchstabe A-G. Der Preis beträgt 8 M je Zentner. Bezugsscheine können Samstag 1 Uhr im Lebensmittelamt abgeholt werden. Die Ausgabe erfolgt am Güterbahnhof je nach Eintreffen Samstag oder Montag.

Idstein, den 8. Okt. 1919.

Der Magistrat:

Leichtfuß, Bürgermeister.

Verdingung.

Zur Neudeckung des Bismarckweges Idstein-Oberseelbach-Niedernhausen in der Gemarkung Idstein soll getrennt in kleineren Losen öffentlich vergeben werden:

63 cbm Gesteine brechen, anfahren und auflegen. 470 cbm Raub- und Kleinschlagsteine brechen, anfahren, auflegen, zerkleinern und auftragen (Bruch Schönbückerchen). 170 cbm Bindematerial gewinnen, anfahren und auftragen (Bruch Schönbückerchen). 89 cbm Steinschutt anfahren. 473 qm Gestein herstellen (stückweise). Schriftliche Angebote sind verschlossen mit entsprechender Aufschrift bis zum 20. Oktober 1919, vorm. 11 Uhr an die Wegemeisterei Idstein einzureichen, woselbst auch die Angebotsformulare zu je 20 Pfg. zu haben sind.

Zuschlagsfrist: 8 Tage.

Idstein, den 10. Oktober 1919.

Der Magistrat:

Leichtfuß, Bürgermeister.

Stadtverordneten-Versammlung.

Die Herren Stadtverordneten werden hiermit zu einer Sitzung auf Dienstag, den 14. d. Mts., nachmittags 5 Uhr in das Rathaus ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Errichtung von Wohnhäusern zur Abwendung der Wohnungsnot.
2. Instandsetzung des Weges Idstein-Niedernhausen innerhalb hiesiger Gemarkung.
3. Erhöhung der Vergütung für Stellung von Schwestern an das Mutterhaus vom Roten Kreuz in Wiesbaden.
4. Bestimmungen über die städt. Neuwahlen.
5. Bericht der Kommission über die Schulverhältnisse.

Idstein, den 10. Okt. 1919.

Der Stadtverordneten-Vorsteher:

Schwenk.



Turnverein Idstein.

Sonntag, den 12. Oktober, vormittags von 10 Uhr ab, findet auf dem Turnplatz gegenüber der Turnhalle ein **Wett-Turnen** unter den Mitgliedern des Vereins statt. Die Teilnehmer treten in 3 Abteilungen, Aktive, Jünglinge und Knaben um 9 1/2 Uhr an. Wir eruchen um vollzählige Beteiligung.

Alle Turnfreunde sind hierzu eingeladen.

Der Vorstand.

Für Wiederverkäufer.

Tabak

rein Uebersee Mittelschnitt, Pfd. 18 Mk.
in 100 Gr. Packungen, laufend abzugeben.

Hans Orell
Langenschwalbach

Telefon 69.

Einladung.

Alle Männer und Frauen Idsteins, welche auf dem Boden des Programms der **deutschen Volkspartei** stehen, werden zu einer

Versammlung

auf Sonntag, den 12. Oktober 1919, nachmittags 4 Uhr, ins Hotel Lamm höf. eingeladen.

Tagesordnung:

1. Organisatorische Fragen.
2. Stadtverordnetenwahlen.

Schwenk.

Deutsche demokratische Partei.

Montag, den 13. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus „Zum Löwen“ in Idstein eine

Versammlung

nur für Mitglieder der deutschen demokratischen Partei statt.

Tagesordnung:

1. Aufstellung der Kandidatenliste für die Stadtverordnetenwahl.
2. Verschiedene Mitteilungen.

Die Damen und Herren unserer Partei werden höflichst gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

Der Vorsitzende: Röck.

Deutsche demokratische Partei Idstein.

Demokratische Bürger und Bürgerinnen Idsteins denkt an Eueren **Wahlpflicht bei den Stadtverordnetenwahlen!**

Zum erstenmal dürfen Frauen und Männer nach dem fürs Reich geltenden neuen Wahlrecht für die Gemeindevertretung wählen und gewählt werden.

Warum müssen alle Wahlberechtigten ihre Wahlpflicht erfüllen?

Wir müssen alle wählen, um die demokratisch-soziale Gesinnung zu fördern.

Wir müssen alle wählen, um für das allgemeine Wohl tätig zu sein.

Wir müssen alle wählen, um frühere Mißstände zu beseitigen und bessere Zustände zu schaffen.

Wir müssen alle wählen, um den Terror von rechts und links zu verhindern.

Wir müssen alle wählen, um die Abspaltung und Zerstückelung des Reiches zu verhindern.

Darum bleibe keine Frau und kein Mann der Wahl ferne!

Selbstbestimmung, Mitverwaltung, Mitregierung sind heute die Aufgaben einer jeden Bürgerin und eines jeden Bürgers im öffentlichen Leben. Das Volk in seiner Gesamtheit ist Herrscher in Gemeinde, Land und Reich und Lenker seiner Geschichte. Von dem Volk, also von jedem Einzelnen hängt Wohl und Wehe, Fortschritt und Aufstieg aller ab. Wer mithin seine Pflicht als Wähler versäumt, der verliert das Recht, später zu tadeln. Darum überwinde jeder seine Gleichgültigkeit und Lauheit und tue nach eigener Einsicht und eigener Gewissenhaftigkeit seine Pflicht.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Tode unseres unvergeßlichen Lieblings danken herzlich

Rechtsanwalt u. Notar Fritz Velmann
und Frau Johanna, geb. Didden.

Idstein, im Oktober 1919.

Privatunterricht

für schulentlassene Mädchen in
Deutsch, Literatur, Französisch, Englisch.

Nachhilfe-Unterricht

in allen Fächern der Realschule erteilt
Frau M. Heinz, Lehrerin.

Stimmzettel.

Zur Herstellung der Stimmzettel (Kandidatenlisten) für die bevorstehenden Gemeindevahlen empfiehlt sich die

Buchdruckerei Gg. Grandpierre, Idstein.

NB. Um frühzeitige Bestellung wird gebeten.

Tüchtiger

Maurerpolier

für dauernde Beschäftigung gesucht.

H. Rütger, Baugeschäft
Mainz-Kastel.

3 Maurer u. 2 Tagelöhner

nach Kistel gesucht. Zu meld. bei W. Schmidt
Kreuzgasse 33.

Suche sofort

2 Knechte

für Landwirtschaft.

Paderstein

Hof Häufel bei Eppstein.

Ein ordentlicher Junge

kann das Schreinerhandwerk erlernen bei

Wilh. Böhn, Schreinermeister,
Zuckerberg 9.